

Anne C. Nagel

Die Philipps-Universität im Nationalsozialismus*

**Einführungsvortrag zum Kolloquium „Leibeserziehung und Sport in der
Universitätsgeschichte von 1924-1974“, 22.11.2018**

Marburg, so hieß es bis in die Mitte des 20. Jahrhunderts hinein, hat keine Universität, sondern ist eine. Ländlich und strukturschwach, ohne nennenswerte Industrie (die Behring-Werke besaßen damals noch nicht annähernd die heutige Bedeutung) prägte tatsächlich die Universität mit ihren im WS 1932/33 etwas mehr als dreieinhalbtausend Studenten das Städtchen. 1527 gegründet, ist sie die älteste protestantische Universität, worauf man damals allgemein noch viel gab. Marburg war eine Sommeruniversität – hier lagen die Immatrikulationszahlen wegen des besonderen Freizeitwerts stets höher als im Wintersemester, die Studenten schätzten das Leben auf den Verbindungshäusern rund um den Schloßberg und prägten mit ihren bunten Mützen das Stadtbild. Bedeutend war der wissenschaftliche Ruf Marburgs schon im Kaiserreich, hier hatte Emil von Behring geforscht und das Diphtherieserum zur Serienreife gebracht und dafür 1902 den Medizinnobelpreis erhalten, hier hatte der Philosoph Hermann Cohen um die Jahrhundertwende die „Marburger Schule des Neukantianismus“ begründet, hatte der Theologe Rudolf Bultmann nach dem Ersten Weltkrieg sein Programm der Entmythologisierung entwickelt, schließlich Martin Heidegger seines philosophisches Hauptwerks „Sein und Zeit“ verfaßt. Die Liste berühmter Gelehrter in dieser Blütephase der Universität ließe sich leicht verlängern. Alles zusammengenommen sorgte dafür, daß Marburg nicht nur im Deutschen Reich, sondern in der Welt glänzende Reputation genoß. Nach personeller Ausstattung, Forschungsmöglichkeiten und Studentenbesuch nahm die vergleichsweise kleine Philippina in den Weimarer Jahren unter den Universitäten im Reich einen soliden Platz im vorderen Mittelfeld ein, was von den Rektoren wie von den Honoratioren der Stadt mit stolzer Genugtuung quittiert wurde.

Ein schwerer Schatten aber fiel 1920 auf Stadt und Universität. Die Morde von Mechterstädt im März dieses Jahres, als Angehörige des Marburger Studentenkorps in

* Es handelt sich um eine gekürzte, um Weniges ergänzte Fassung meiner Einleitung in: Die Philipps-Universität Marburg im Nationalsozialismus. Dokumente zu ihrer Geschichte. Herausgegeben von Anne C. Nagel, bearbeitet von ders. und Ulrich Sieg, Stuttgart 2000, S. 1-72.

Thüringen 15 gefangengenommene Arbeiter – angeblich auf der Flucht – erschossen hatten, sorgten für helle Aufregung im Reich und trugen Marburg früh einen politisch fragwürdigen Ruf ein. Das fand man empörend und sollte man auch nicht vergessen. Noch im Rektoratsbericht Walther Merks im Mai 1933 wirkte das Ereignis nach, als er auf den „selbstlosen Einsatz des Marburger Studentenkorps zur Niederwerfung der thüringischen Kommunistenrevolte im Jahre 1920“ zu sprechen kam, die der damalige preußische Kultusminister den Studenten jedoch „mit dem berüchtigten Wort von der ‚Marburger Mörderzentrale‘ übel“ gedankt habe. „Angefeindet als ‚Hochburg republikfeindlicher Gesinnung‘ schwebte unsere Philipps-Universität in den ersten Jahren nach dem Weltkriege ernstlich in Gefahr, strafweise aufgehoben zu werden.“ Und es habe viel Mühe gekostet, sich der wiederholten Versuche der „republikanischen Ministerien zu erwehren, den Universitäten aus rein parteipolitischen Gründen Persönlichkeiten aufzudrängen, die den Fakultäten weder nach ihrer wissenschaftlichen Leistung noch nach ihrem inneren Verhältnis zum deutschen Volkstum für das Amt des Hochschullehrers geeignet schienen“. Marburg und seine Universität hielten seit 1920 auf Abstand zum Weimarer Staat, hier war man nicht warm geworden mit der Republik. Mit dem Regierungsantritt Hitlers glaubten die Menschen tatsächlich, das nun andere, bessere Zeiten anbrechen würden.

Wie sah es aus an der Philippina nach 1933? Was veränderte sich und wie ging die Universität mit den Herausforderungen um? Wie stand es um Anpassung und Widerstand, und wo stand die Marburger Universität im Spektrum der damaligen Hochschulwelt – an der Seite Freiburgs oder Heidelbergs, wo nachweislich konspiriert worden war? An der Seite Jenas, das dem Nationalsozialismus mit dem Versuch, die Bibel im neuen Geist umzuschreiben dem Nationalsozialismus in ganz besonderer Weise entgegenkam? Oder wurde hier ein an Opportunität und Dienstbarkeit orientierter Kurs des Pragmatischen verfolgt, wie er sich an den Universitäten Tübingen oder Kiel beobachten läßt? Dazu möchte ich zunächst den Blick auf die Reformen zur inneren Verfaßtheit der Universität richten, die mit der Einführung des Führerprinzips tief in die Selbstverwaltungsstrukturen eingriffen. Wie sah es mit dem Gestaltungsspielraum des „Führerrektors“ aus, wie um den des Kurators? Anschließend wird die Entwicklung des Lehrkörpers nachgezeichnet, die Folgen des Berufsbeamtengesetzes vom 7. April 1933 sowie der Rassengesetzgebung 1935 erörtert. Wie hoch war der Verlust an Dozenten und welche Reaktionen lassen sich

hierauf beobachten? In einem dritten Abschnitt steht das studentische Leben jener Jahre im Zentrum, das sich unter den neuen politischen Vorzeichen fundamental veränderte: Mit der alten Burschenherrlichkeit, dem freien selbstbestimmten Studium war es bald vorbei, Geländesport und SA-Dienst waren angesagt. Wer waren die treibenden Kräfte, äußerte sich Widerstand? Ein Fazit wird auf die oben aufgeworfenen Fragen eingehen und eine Verortung der Marburger Universität im zeitgenössischen Spektrum vornehmen.

I

Mit der Machtübernahme der Nationalsozialisten setzte im Hochschulbereich ein Maßnahmenkatalog ein mit dem Umbau der Universitäten als Ziel. Standen die Hochschulen als Staatsanstalten bis dahin den Länderministerien als korporativ verfaßte Selbstverwaltungseinheiten gegenüber, erhöhten die Nationalsozialisten mit der Übertragung des Führerprinzips den ministeriellen Zugriff auf die Universitäten. Bereits im Oktober 1933 erging ein erster Erlaß „Vorläufige Maßnahmen zur Vereinfachung der Hochschulverwaltung“. Unter Vereinfachung verstanden die Nationalsozialisten vor allem die Einschränkung universitätsinterner Mitbestimmungsmöglichkeiten. Fortan wurde nicht mehr gewählt, sondern vorgeschlagen und ernannt, und dies durch die jeweils übergeordnete Instanz: der Minister ernannte den Rektor nach einem Senatsvorschlag, der Rektor die Dekane nach einem Fakultätsvorschlag. Alle universitären Belange waren über den Dienstweg zu klären, über dessen Einhaltung strikt gewacht wurde. Damit war der Führergedanke in die Universität eingezogen und löste die bis dahin geltende Praxis gemeinschaftlicher Entscheidungsfindung ab, die freilich wesentlich Sache der Ordinarien, kaum der Nichtordinarien oder gar der Studenten gewesen war.

Diesem ersten Schritt zur Führeruniversität folgte im Frühjahr 1935 ein zweiter, als Reichswissenschaftsminister Bernhard Rust die „Richtlinien zur Vereinheitlichung der Hochschulverwaltung“ erließ. Sie zielten auf die Präzisierung des Oktobererlasses und damit auf die endgültige Durchsetzung des Führerprinzips. Einfacher und transparenter sollte die innere Verfassung der Universitäten werden, die im Kern aus Dozentenschaft und der Studentenschaft bestehend definiert wurde. Die Studenten erhielten den Status als eigenständiger Teil der Hochschulen mit eigenem Recht und eigener Verfassung. Vereinheitlicht wurde auch der Lehrkörper in dem Sinne, daß nun alle, die unterrichteten, zur „Dozentenschaft“ zählten, und die bis dahin maßgebliche

Unterscheidung zwischen Ordinarien und Nichtordinarien wenigstens formal wegfiel. Der Rektor war der „Führer der Universität“, dem Reichswissenschaftsminister unmittelbar unterstellt und diesem allein verantwortlich. Dem Senat verblieb eine bloß beratende Funktion.

Die nationalsozialistische Hochschulreform setzte althergebrachtes Recht der Hochschulen außer Kurs und räumte mit den wenigen Veränderungen auf, die in den Weimarer Jahren Einzug in die Universitäten gehalten hatten, als es um mehr Demokratie, auch schon um die Beschränkung der Ordinarienmacht und Mitbestimmung der Nichtordinarien gegangen war. Gegen derlei Pläne des preußischen Kultusministers Carl Heinrich Becker war seinerzeit an den Universitäten Preußens zäher Widerstand geleistet worden, während die Hochschulen gegen die Führeruniversität keineswegs Sturm liefen – im Gegenteil: Es wurde dem Berliner Ministerium mit ausführlichen Denkschriften zugearbeitet. Vielleicht fand man die Begrifflichkeit schlecht gewählt – Führerprinzip, Führerrektor, das paßte schlecht ins akademische Milieu – an der verbrieften Erhöhung der Rektoratsautorität stieß man sich aber nicht. Und daß sich die Universität in ihrer inneren Gestalt an der neuen Gestalt des Staates orientierte, schien irgendwie naheliegend.

Ein Problem bestand freilich darin, daß die Reform nicht bis zu Ende durchdacht und umgesetzt worden war. Die Bestimmung, daß der Minister Prorektor, Dekane, Dozentschafts- und Studentenschaftsführer ernannte, während der Rektor nur ein Vorschlagsrecht besaß, schwächte die Stellung des Führerrektors. Was, wenn der Minister abweichend vom Vorschlag einen Dekan berief, der nicht auf Linie des Rektors lag? Problematisch war auch das Mitspracherecht von Gaudozenten- und Gaustudentenschaftsführer bei der Ernennung der jeweiligen örtlichen Dozenten- und Studentenschaftsführer, womit universitätsfremde Kräfte Einfluß erhielten. Dem Führerrektor waren Grenzen gesteckt, er führte keineswegs allein. Wie schwierig das war, kann in Marburg an mehr als einem Beispiel studiert werden.

Ein vom Reichswissenschaftsministerium zu wenig oder vielleicht auch absichtlich nicht berücksichtigter Faktor in der Führerverfassung war der Kurator vor Ort. Marburg besaß mit Ernst von Hülsen einen altgedienten Verwaltungsbeamten, einen der letzten Schüler Friedrich Althoffs. Wie Althoff hatte sich von Hülsen die Förderung der Wissenschaft und das Gedeihen „seiner“ Universität auf die Fahnen geschrieben. Jene eingangs geschilderte Blütephase der Marburger Universität der 20er Jahre ging

wesentlich auf ihn zurück, als er es in finanzschwacher Zeit verstanden hatte, den Hochschulausbau voranzubringen und zu mancher glücklichen Berufung beizutragen. Die Kontinuität im Amt machte den Unterschied zum Rektorat, das bis 1933 jährlich, danach in unregelmäßigen Abständen wechselte. Der Kurator besaß die größere Übersicht, und es dürfte daher nicht leicht zu entscheiden sein, ob der Rektor oder der Kurator über den höheren Einfluß an der Universität verfügte. Gewiß, in allen die Wissenschaft betreffenden Fragen hatte von Hülsen formal nichts zu sagen, tatsächlich zog er aber auch bei Berufungen hinter den Kulissen die Fäden. Auch der Führerrektor tat gut daran, auf einvernehmliche Zusammenarbeit mit ihm zu setzen – gegen ihn war nur schwer Politik zu machen.

Aufs Ganze gesehen blieb der „Führerrektor“ aber eine Fiktion an der Marburger Universität, nur einer der sechs zwischen 1933 und 1945 amtierenden Rektoren pochte auf seine Stellung und „führte“ die Marburger Universität ausgesprochen selbstherrlich: Der Mediävist Theodor Mayer. Die anderen beriefen sich zwar auf das Führerprinzip, erwiesen sich aber gegen Widerstände als zu schwach. Der Jurist Leopold Zimmerl war so ein Fall, von vielen euphorisch zur Amtsübernahme bestürmt, scheiterte er nach kurzer Zeit am Intrigenwillen des Dozentenbundsführers. Die übrigen Rektoren beließen es bei der alten Art und Weise der Rektorratsführung und handelten im Einvernehmen mit den Kollegen. So schnell ließen sich hergebrachten Strukturen nicht beseitigen.

Mit den Reformen war die Universität politischer geworden. Der Zugriff Berlins war stärker geworden, aber mehr noch die versuchte Einflußnahme regionaler und lokaler Kräfte: Gauführer und Kreisleiter der NSDAP fühlten sich in so gut wie allen akademischen Belangen herausgefordert, mit zu entscheiden. Sie wollten die Universität lebensnaher, enger mit der Gesellschaft verbunden sehen. An der elitären Aura des Akademischen stieß man sich schon lange und forderte die soziale Öffnung der Universität. Und schließlich spielten auch Dozentenschaft und Studentenschaft als neue eigenständige Glieder der Universität eine zentrale Rolle: Die Dozentenschaft mit einem Dozentenschaftsführer, die Studentenschaft mit einem Studentenschaftsführer. Daneben sprachen der NS-Dozentenbund und der NSDStB (nationalsozialistischer deutscher Studentenbund) als Gliederungen der Partei stets ein Wort mit. Auf sie ging die Politisierung der Universität nach 1933 maßgeblich zurück.

Damit komme ich zum zweiten Teil, dem Blick auf die Entwicklung des Lehrkörpers, auf die Folgen der Entlassungspolitik und auf die Berufungspraxis.

II.

Das am 7. April 1933 in Kraft getretene „Gesetz zur Wiederherstellung des Berufsbeamtentum“ sah die Entfernung jüdischer Gelehrte vor, sofern sie nicht schon vor 1914 Beamte oder aber Frontkämpfer gewesen waren. Außerdem wurden diejenigen Beamten, die sich öffentlich für den Weimarer Staat engagiert hatten, mit Strafen bedroht. Neben der Möglichkeit einer Versetzung in den Ruhestand oder der direkten Entlassung aus dem Staatsdienst sah eine weitere Disziplinierungsmaßnahme die Versetzung an eine andere Universität vor. Das Gesetz und die folgenden Durchführungs- und Änderungsverordnungen reglementierten das Geschehen bis ins Detail. Die verwaltungstechnische Erfassung jedes einzelnen Beamten und Angestellten des öffentlichen Dienstes war dafür die Voraussetzung. Mittels eines Fragebogens wurde jeder einzelne auf seine politische Gesinnung und die Herkunft hin durchleuchtet.

Das Berufsbeamtengesetz führte 1933 zu keinen größeren Personalveränderungen an der Philippina. Akademischer Antisemitismus hatte die Berufung von jüdischen Gelehrten in Marburg schon vor der NS-Machtantritt zu einem seltenen Phänomen gemacht. Wohl hatte Berlin in den Weimarer Jahren steuernd eingzugreifen versucht und mehr jüdische Professoren an die Universitäten berufen, doch blieb ihre Zahl gemessen an ihrer Bedeutung für die Wissenschaft gering. An der „kernprotestantischen“ Marburger Universität galten von 187 Professoren und Dozenten 1933 zehn nach den Rassekriterien der Nationalsozialisten als Juden: [Erich Auerbach, Erich Frank, Kurt Hensel, Hermann Jacobsohn, Paul Jacobsthal, Franz Leonhard, Otto Homburger, Samuale Bialoblocki, Richard Krautheimer und Karl Löwith]. Keiner von ihnen wurde 1933 wegen der geltenden Ausnahmeregelungen im Gesetz zwangsweise in den Ruhestand versetzt oder aus dem Staatsdienst entlassen. Für die nichtbeamteten Kräfte bot das Berufsbeamtengesetz keine Handhabe. Aber deutlich geworden war, daß künftig kein jüdischer Wissenschaftler mehr Professor an einer deutschen Hochschule werden würde. Schließlich zeitigten die Nürnberger Rassegesetze Folgen: Auerbach, Frank, Jacobsthal, Homburger, Krautheim und Löwith wurde die Venia Legendi zum 31. Dezember 1935 entzogen, die Beamten unter ihnen wurden aus dem Staatsdienst entlassen.

Das Berufsbeamtengesetz vom April 1933 sah auch die Disziplinierung der demokratischen Kräfte an den Universitäten vor. In politischer Hinsicht war der Marburger Lehrkörper bereits vor 1933 weitgehend homogen zusammengesetzt, so daß sich die Entfernung politisch mißliebiger Kräfte auf vergleichsweise wenige Personen erstreckte. Acht Professoren firmierten in der Öffentlichkeit als Demokraten: [Max Deutschbein, Heinrich Hermelink, Hermann Jacobsohn, Alfred Manigk, Wilhelm Röpke, Wilhem Mommsen und Martin Rade.] Einer [Georg Wünsch] besaß ein SPD-Parteibuch, einer [Alfred Götze] bekannte sich zum Pazifismus. Der 1924 emeritierte Demokrat Martin Rade und der Pazifist Alfred Götze wurden im November 1933 aus dem Staatsdienst entlassen. Hermann Jacobsohn und Wilhelm Röpke erhielten im April 1933 die Nachricht von ihrer vorläufigen Suspendierung unter Beibehaltung der Bezüge. Jacobsohn, der daneben als Jude zusätzlich gefährdet war, hielt dem Druck einer ungewissen Zukunft nicht stand und nahm sich das Leben. Röpkes Entlassung folgte dann im September des Jahres. Den übrigen Demokraten [Mommsen und Hermelink] war die Versetzung an eine andere Universität angedroht worden. Während es Wilhelm Mommsen mit Unterstützung des Rektors gelang, diese Maßnahme abzuwenden, mußte Heinrich Hermelink, der sich im „Kirchenkampf“ hervortat, 1935 gehen. Alfred Manigk wurde nach einer beispiellosen Kampagne der Studentenschaft im Frühjahr 1934 aufgrund von § 6 des Berufsbeamtentums vorzeitig emeritiert. Allein Max Deutschbein sollte unbehelligt davon kommen, und erstaunlicher Weise gelang es dem Sozialdemokraten Wünsch, einer Maßregelung zu entgehen. Über ihn hielt NSDAP-Kreisleiter Hans Krawielitzki die Hand.

Im Vergleich mit Universitäten wie Frankfurt, Heidelberg oder Göttingen, hielten sich die Auswirkungen der nationalsozialistischen Personalpolitik in Grenzen. Marburg war keine demokratische Hochburg gewesen und bei der Berufung jüdischer Gelehrter zurückhaltend gewesen. Aber ein schmerzlicher Verlust für die Universität war jeder einzelne dieser Fälle. Gab es Widerstand gegen die Entlassungen und Maßregelungen aus dem Kollegenkreis? Für die jüdischen Professoren regte sich keine laut wahrnehmbare Stimme. Seltsame Diskussionen wurden geführt etwa über ihren Verbleib in der Sterbekasse der Universität, worüber lebhaft korrespondiert, schließlich sogar eine Denkschrift verfaßt wurde. Für Franz Leonhard schrieb Kurator von Hülsen 1935 im Einvernehmen mit dem Rektor immerhin an Reichsminister Rust, den verdienten Juristen nach mehr als vierzig Dienstjahren nicht einfach aus dem

Staatsdienst zu entlassen, sondern ihn in den gerade erreichten Ruhestand unter vollständiger Belassung seiner Altersbezüge zu versetzen. Zur Begründung führte er die Unterstützung des Juristen für die „nationale, völkische Studentenschaft“ im Zusammenhang mit Mechterstädt an, weswegen er sich einen Tadel des damaligen preußischen Kultusministers zugezogen habe.

Der tragische Tod Hermann Jacobsohns wurde mit Schweigen übergangen. Ein empörter Artikel in der Neuen Züricher Zeitung über diesen Tod regte aber die Universitätspressestelle zur Gegendarstellung an. Mit geheucheltem Mitgefühl wies der Pressechef auf die Zurückhaltung hin, die man sich in Marburg bei der öffentlichen Kommentierung des Todesfalls mit „Rücksicht auf den Verstorbenen und die Hinterbliebenen“ auferlegt habe. Von „komplizierten Hintergrund“ war da die Rede und „individuellem psychischem Affekt“, von Außenstehenden kaum einsehbar. Konsequenterweise verlor weder die zeitgenössische Chronik der Universität noch der Jahresbericht des „Orientalischen und Indogermanischen Seminars“, dessen Mitglied Jacobsohn gewesen war, ein Wort über den Hintergrund seines Todes. Wie vieles andere in diesen Jahren war dieses Verhalten feige und schäbig.

Die Mehrheit der Marburger Professoren und Dozenten ging, nachdem sich der Sturm der „nationalen Bewegung“ über der nordhessischen Universitätsstadt gelegt hatte, zur Tagesordnung über – so schien es jedenfalls. Man wird sich jedoch vorstellen können, daß die Maßnahmen der Nationalsozialisten ein Klima der Angst erzeugten, die jeden einzelnen zur Vorsicht mahnte. Wie schnell konnte man wie Alfred Manigk durch die Denunziation der Studentenschaft in Schwierigkeiten geraten? Wie schnell die Anzeige eines kleinen SA-Mannes, der 1935 Marburger Professorenfrauen namentlich beschuldigte, immer noch „bei Juden [zu] kaufen“, ernste Schwierigkeiten machen? Wie groß war der Gestaltungsspielraum für den Führerrektor, der dem Minister doch direkt verantwortlich war, wie groß für den Kurator, der als verlängerter Arm des Ministers die Berliner hochschulpolitischen Vorgaben vor Ort umzusetzen hatte? Konnten sie ernsthaft helfen? Rektor und Kurator waren Teil des Systems und darum in ihrem Handlungsspielraum eng begrenzt. Man arrangierte sich mit den neuen Verhältnissen, trat der Partei oder einer ihrer Unterorganisationen (NS-Dozentenbund, NSKK, SA, SS) bei.

Was die Mitgliedschaft in der NSDAP im Lehrkörper anlangt: Bis 1933 war kein Ordinarius eingetreten, danach in einem ersten Schwung sieben. Die große Mehrheit

ordentlicher Professoren trat nach 1937 ein (nach der vorübergehenden Aufhebung der Aufnahmesperre), bis 1945 zählten mehr als zwei Drittel von ihnen dazu. Von den Nichtordinarien besaßen fünf vor 1933 ein Parteibuch, neun weitere erhielten es 1933 und wie bei den Ordinarien kam es nach 1937 zum Masseneintritt. Die Parteimitgliedschaft war ein wichtiges Instrument auf dem Karriereweg, auf das kaum einer verzichten wollten. Wieviel es über die tatsächliche politische Überzeugung aussagt, sei dahingestellt.

Auf die Berufungspolitik dieser Jahre gesehen, auf das wissenschaftliche Niveau der Universität, lassen sich zwei Bewegungen beobachten: Zum einen die Versuche, die Einflußnahme der Partei zu schmälern, zum anderen das notwendige wissenschaftliche Niveau zu halten. Für beides ist die Berufung des Juristen Leopold Zimmerl, eines strammen Nationalsozialisten aus Wien, ein gutes Beispiel. Auf der Dreierliste der Juristischen Fakultät zur Besetzung des zweiten strafrechtlichen Lehrstuhls hatte er nur auf dem dritten Platz gestanden, noch dazu mit der Bedenken signalisierenden Bemerkung, daß seine Arbeiten eine „starke Neigung zum Abstrakt-Konstruktiven“ hätten, was, so Berichterstatter Genzmer, in Wien sicher populär sei, im „heutigen deutschen Reiche jedoch weniger geschätzt“ werde. Man wollte ihn nicht haben in Marburg, nahm ihn aber auf die Liste, weil er 1934 in Wien aus politischen Gründen entlassen worden war. Damit bekundete die juristische Fakultät den Willen zur Erneuerung des Lehrkörpers mit systemkonformen Kräften, hoffte aber zugleich, daß Berlin den Erstplazierten berufen würde. Es kam Leopold Zimmerl.

Zimmerl war eine eigenartige Erscheinung, dem Äußeren nach so gar nicht nach dem Geschmack der Zeit, er war klein und zierlich, hatte nicht beim Militär gedient. In seiner ganzen Gestalt und dem, was er wissenschaftlich tat, war Zimmerl der klassische Buchgelehrte, nach damaligem Geschmack wenig geeignet zum politischen Erzieher der Jugend. Daß er dennoch 1937 auch noch zum Führerrekter der Universität avancierte, dürfte ihn selbst am meisten gewundert haben. So gut wie alle sprachen sich für ihn aus: Professoren und Dozenten, die Studentenschaft sowie Kreis- und Gauleitung. Die ersten Monate seiner Amtszeit waren denn auch von Erfolg gekrönt, die juristische Fakultät überwand die Konflikte, die sich infolge der Vorkommnisse um Alfred Manigk ergeben hatten, der damals renommierte Psychologe Erich Jaensch lehnte einen ehrenvollen Ruf auf den Leipziger Lehrstuhl Wilhelm Wundts mit Rekurs auf Zimmerl ab. Im reichsweit ausgetragenen Streit unter Juristen der Kieler Schule

mischte sich Zimmerl ein und markierte im Verein mit Erich Schwinge einen eigenen Standpunkt. Unter seiner Regie fand im Sommer 1937 das erste Universitätssommerfest zur Stärkung der Corporate Identity statt und wurde die disziplinübergreifende Arbeitsgemeinschaft „Ganzheitliche Betrachtungsweise“ gegründet.

In die Kritik geriet Zimmerl, als er das Leistungsprinzip in der Wissenschaft zu betonen begann. Der Rektor sorgte sich um das Niveau der Wissenschaft durch eine Nachwuchsrekrutierung, welche die weltanschauliche Opportunität über das wissenschaftliche Vermögen stellte. Als im Oktober 1937 neue Richtlinien für die Vergabe von Beihilfen für den wissenschaftlichen Nachwuchs erschienen, die genau dies verbindlich zu machen suchten, wandte sich der Rektor in einem Brandbrief an Reichsminister Rust. Es seien doch „wahrlich nicht die Schlechtesten, die ihre gesamte Zeit ihren wissenschaftlichen Arbeit widmen und sich darauf beschränken in politischer Beziehung diejenigen Pflichten zu erfüllen, die für jeden Nationalsozialisten heute eine Selbstverständlichkeit sind“. Die Praxis habe gezeigt, daß politisch besonders aktiv hervorgetretene Nationalsozialisten oft die wissenschaftlichen und charakterlichen Voraussetzungen vermissen ließen, die an einen Gelehrten eigentlich zu stellen seien. Und schließlich hielt es Zimmerl für hochschulpolitisch verfehlt, dem theologischen Nachwuchs aus weltanschaulichen Gründen jede Förderung zu verweigern. Damit waren die Tage Zimmerls gezählt. Eine Intrigenkampagne setzte gegen ihn ein, der ihn binnen kurzem demontierte. Keiner in Marburg setzte sich für den Verbleib auf seinem Posten ein, die Dekane nicht, der Kurator nicht und ebenso wenig die übrigen Instanzen. Sein Idealismus, mit dem er um das wissenschaftliche Niveau an der Philippina kämpfte und sein Bemühen um Ausgleich auch mit solchen Kräften, die als politisch unerwünscht galten, hatte ihn scheitern lassen.

Ausgerechnet ein strammer Nationalsozialist wie Zimmerl pochte auf die Wahrung des wissenschaftlichen Niveaus. Seine Befürchtungen, das wissen wir heute ja noch viel besser, waren begründet. Sie bezogen sich nicht auf die damals berufungsfähigen Kräfte, die in den Weimarer Jahren und noch kurz davor gründlich ausgebildet worden waren, sondern auf die nächste, im Dritten Reich ausgebildete Generation. Tatsächlich sanken die Studentenzahlen rapide, die Lust am Studium schwand und ein eklatanter Nachwuchsmangel kündigte sich an. Wie sah es aus, das Studium an der Philippina nach 1933, was veränderte sich, wie nahmen die Studenten die Veränderungen auf?

III

Folgt man der 1935 erschienenen Festschrift der NSDAP Marburg aus Anlaß des zehnjährigen Bestehens, so waren es nicht zuletzt die Studenten gewesen, die dem Nationalsozialismus zum Erfolg in der Stadt und an der Universität verholfen. Zwar blieb der 1926 an der Universität gegründete NSDStB mit zunächst neun Mitgliedern noch geraume Zeit ein eher sektiererhafter Zirkel ohne großen Einfluß auf die Studentenschaft. Seit 1929 aber stiegen die Mitgliederzahlen, und zugleich gewann die Gruppe an Ausstrahlung auf ihre Kommilitonen. Bei den Studentenkammerwahlen im Juli 1931 errang sie bei einer Wahlbeteiligung von 72% die Hälfte der Sitze und stellte seither den Vorsitzenden der Marburger Studentenschaft. An der Spitze der NSDAP Ortsgruppe stand mit Hans Krawielitzki ein Student, der nach 1933 zum Kreisleiter und Landrat befördert wurde und ein besonderes Interesse am Schicksal der Philippina nahm.

Was das Gesetz zur Wiederherstellung des Berufsbeamtengesetzes vom 7. April 1933 für den Lehrkörper war, bedeutete das „Überfüllungsgesetz“ vom 25. April 1933 für die Studentenschaft. Tatsächlich hatten sich den späten zwanziger Jahren die Hochschulen gefüllt und mehr Abiturienten einem Studium den Vorrang vor einer Ausbildung gegeben. Pläne zur Eindämmung dieser Entwicklung gab es schon vor 1933, aber erst die Nationalsozialisten zogen sie aus den Schubladen und setzten sie um. Das Ziel war es, politisch und rassistisch mißliebige Personen auszumachen und von einem Studium auszuschließen. Aber das Gesetz richtete in Marburg nichts weiter aus. Der reaktionäre Ruf der Universität seit den Vorgängen von Mechterstädt hatte beizeiten dafür gesorgt, daß jüdische Studenten den Ort eher mieden, ebenso hatten demokratisch oder sozialistische gesonnene Studenten wenig Neigung gezeigt, hier ein Studium aufzunehmen. Ihre Zahl blieb im Rahmen des gesetzlich vorgegebenen Prozentsatzes, so daß zunächst kein Student relegiert wurde. Aber schon die Art der systematischen Erfassung und Einteilung in „arisch“ und „nichtarisch“ war verletzend, daß Juden zudem eine gelbe Immatrikulationskarte erhielten, direkt ehrenrührig. Der Medizinstudent Gunnar Olsen, der trotz „nichtarischer Abstammung“ ein glühender Anhänger der Nationalsozialisten war, beschwerte sich bitter darüber beim Rektor. Nach eingehender Prüfung seines Falls sowie der Zustimmung des Studentenführers Kluge wurde Olsen ausnahmsweise als „Vollwertiges Mitglied“ in die Studentenschaft aufgenommen.

Führer der Marburger Studentenschaft wurde im Frühsommer 1933 Curt Hübner, ab 1935 Gerhard Todenhöfer, beides fanatische Kämpfer für ihre Sache. Sie hatten sich die politische und körperliche Erziehung der Studenten auf die Fahnen geschrieben, letzteres mit speziellem Fokus auf die Männer. In Verbindung mit dem Wehramt der Studentenschaft führte das Institut für Leibesübungen die vom preußischen Kultusminister Rust angeordneten vier Ausmärsche der Erst- und Zweitsemester durch. Sie lernten marschieren und schwimmen: Mit Stolz verkündete Sportdirektor Peter Jaeck am Ende des Semesters, alle Studenten soweit gebracht zu haben, „daß sie im Notfall ein ruhiges Gewässer schwimmend durchqueren können“. Einige Monate später berichtete der Universitätsarzt von körperlich und seelisch erkrankten Studenten, die diesen Anforderungen nicht mehr gerecht wurden.

Das studentische Sportprogramm kostete Zeit und war überdies eine für die meisten ungewohnte körperliche Anstrengung. Aber damit nicht genug, sah das Studentenleben nach 1933 auch noch die Kameradschaftserziehung in eigens dafür eingerichteten Kameradschaftshäusern vor. Den Korporationen ging es an den Kragen, auf deren schöne Häuser Studentenschaft und Studentenbund ein Auge geworfen hatten. Verbindungen, die sich nicht freiwillig in den Studentenbund eingliederten, wurden geächtet, ihre Mitglieder auf offener Straße verfolgt, angepöbelt und tätlich angegriffen. Das führte spätestens 1936 zu unhaltbaren Zuständen und veranlaßte Rektor Max Baur zu mehreren Brandbriefen nach Berlin gegen die unverantwortlichen Machenschaften Todenhöfers und seiner Gesinnungsgenossen.

Die Studentenzahlen sanken in Marburg, auch wegen eines Studentenbundes, der jeden einzelnen unter strikter Beobachtung zu stellen schien. Das war schließlich selbst der NSDAP-Kreisleitung zuviel, die darüber dem Propagandaminister berichtete. Marburg würde von den Studenten wegen der Vielzahl an Diensten in der SA, der wehrpolitischen Ausbildung oder Fachschaftsschulung gemieden, zum Teil werde die Teilnahme daran erzwungen. Die Attraktivität Marburgs als Studienort war dahin, die Marburger Geschäftswelt litt unter dem Studentenmangel, nur weil das intensive Kameradschaftsleben abschreckte. Tatsächlich verharrten die Immatrikulationszahlen in der Zwischenkriegszeit durchweg auf niedrigem Niveau. Erst nach 1939 stiegen die Einschreibungen wieder, als kriegsbedingt Mediziner und Naturwissenschaftler besonders gebraucht wurden. Da hatte die Macht von Studentenschaft und

Studentenbund ihren Zenit schon überschritten. Die Studenten wurden nun mit Kriegs- und Arbeitsdienst neben dem Studium belastet.

Aufs Ganze gesehen veränderte sich das studentischen Leben Marburgs nach 1933 gravierend. Unbeschwerte Studentenjahre, wie sie für das Kaiserreich noch typisch waren und mit Abstrichen selbst für die Weimarer Zeit gegolten haben, gab es nicht mehr. Statt dessen beherrschten Dienste aller Art, Landjahr und andere disziplinierende Verpflichtungen den studentischen Alltag, was alles zusammengenommen die Attraktivität eines Universitätsstudiums entscheidend trübte. Erstaunlicherweise führte die Zeit des Nationalsozialismus aber nicht zu einem signifikanten Rückgang des Frauenstudiums an der Phlippina. Seit der unbeschränkten Öffnung der Universitäten für Frauen 1909 stieg ihr Anteil in Marburg kontinuierlich und lag im Sommersemester 1932 mit 21 % sogar deutlich über dem Reichsdurchschnitt. Bis 1939 blieb dieser Prozentsatz konstant bei 20%. Ab 1935 reichsdeutscher Mittelpunkt für die Ausbildung von Turnlehrerinnen, behielt die Philippina offenbar den Ruf einer vergleichsweise frauenfreundlichen Hochschule über das Dritte Reich hinweg. Nach Kriegsbeginn wandelte sich das Zahlenverhältnis wie andernorts auch rasant zugunsten der Frauen. Im Sommersemester 1941 machten sie mehr als die Hälfte der Marburger Studentenschaft aus und waren aus dem Straßenbild der Stadt nicht mehr wegzudenken.

*

Wie ist die Geschichte der Marburger Universität im Dritten Reich verglichen mit anderen Hochschulen nun einzuschätzen? Die Phlippina war keine NS-Musteruniversität wie Rostock oder Kiel, wo der Parteiwille regierte und die Mehrzahl der Wissenschaftler enthusiastisch dem neuen Start zuarbeitete. In Marburg war es Erich Jaensch, der mit seinen obskuren Hühnerversuchen (nach dem Pickverhalten der Hühner würden sich südische von nordischen Hühnern unterscheiden lassen) einschlägig forschte. Ungleich problematischer waren die Forschungen zur Höhenfestigkeit von Piloten durch Wilhelm Pfannenstiel und seinen Schüler Siegmund Rascher, für die Menschenversuche im KZ Dachau mit tödlichem Ausgang unternommen worden waren. Dergleichen fand in Marburg nicht statt, und die medizinische Fakultät weigerte sich auch, Rascher mit einer Arbeit aus diesem Umfeld, zu habilitieren. Die Berufung Hans Friedrichs Günther, auch Rasse-Günther genannt, nach Marburg, wäre ein starker Impuls in Richtung NS-Forschung gewesen. Doch

Günther kam trotz großen Entgegenkommens nicht, worüber man nach 1945 sehr froh war. Generell war man in den Wissenschaften bemüht, ihre Nützlichkeit wenn irgend möglich zu erweisen, was problematisch war, wenn sie quer zur neuen Zeit standen. Die Marburger Theologen taten sich besonders schwer, weil es ihnen im Unterschied zu Jena eben nicht eingefallen wäre, die Bibel nach nationalsozialistischen Vorgaben umzuschreiben.

Im Unterschied zu Frankfurt, Göttingen oder Heidelberg brachten die Jahre nach 1933 für Marburg keine gravierenden personellen Veränderungen mit sich. Aber dies spiegelte nur die Tatsache, wie judenfeindlich und politisch homogen der Lehrkörper zuvor zusammengesetzt war. Entsprechend gering war dann auch der Impuls zur Konspiration ausgebildet, Professorenzirkel wie an der Universität Freiburg, in denen Gedanken über die Zukunft Deutschlands nach Hitler kursierten, hat es hier nicht gegeben. Einzig der Romanist Werner Krauss, apl. Professor an der Marburger Universität, schloß sich der Roten Kapelle an, wurde im Januar 1943 wegen Beihilfe zum Hochverrat verhaftet und zum Tode verurteilt. Dem Einsatz unter anderem seiner Marburger Kollegen sowie des Kurators von Hülsen verdankte er die Umwandlung in eine Zuchthausstrafe, so daß er den Krieg überlebte.

In vielem dürfte Marburg der Universität Tübingen am nächsten kommen, wo der Charakter als protestantische Landesuniversität vergleichbar stark war. Hier wie dort besaßen der NS-Studentenbund wie der NS-Dozentenbund beträchtlichen Einfluß auf den Gang der Universitätsgeschicke. Dies erschwerte den akademischen Leitungsgremien die Wahrung des universitären Gesamtinteresses und setzte jeden Rektor einem nervenaufreibenden Spiel mit den oft miteinander rivalisierenden Kräften aus, das auf die Dauer nicht zu gewinnen war. Markant dürfte sein, daß die Philippina im Dritten Reich ihre Stellung als Hochschule von kontinentaleuropäischer Bedeutung verlor, weil sie ihr spezifisches Profil in den Geisteswissenschaften einbüßte. In dieser Hinsicht hatten die Nationalsozialisten ganze Arbeit geleistet. Mit der Entlassung wenn auch nur weniger jüdischer und politisch mißliebiger Gelehrter ging der Impuls zum Querdenken verloren, den es braucht, wenn Wissenschaft, Geisteswissenschaft zumal, wirksam werden soll.